Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

1819 Scarth Str. Room 104

4. Jahrgang — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 12. Juli, 1911. — No. 37.

Erster Allgemeiner Deutscher Hansa-Tag.

Unter Beteiligung von etwa 4000 Personen aus allen Teilen des Reiches trat am 12. Juni im Riesensaale des Berliner Sportpalastes der Hansabund zu seinem ersten Allgemeinen Deutschen Hansatage zusammen, der zum Jahrestage der Gründung des Bundes vor zwei Jahren einberufen war. Aus verschiedenen größeren Städten waren Extrazüge nach Berlin abgelassen worden, die der Versammlung eine große Zahl von auswärtigen Delegierten zuführten. Unter den Anwesenden befanden sich die Abgeordneten Friedberg, Kaempf, Streesemann, Beck (Heidelberg), Dr. Wiemer, Professor Dr. Liszt u. a. Nach Absendung eines Huldigungs-Telegramms an den Kaiser als den Schirmherrn der Gleichberechtigung aller deutschen Arbeit, begrüßte Geheimrat Riesser, der Präsident des Bundes, die Ehrengäste und Teilnehmer an der ersten großen Heerschau des in Gewerbe, Industrie und Handel geeinten deutschen Bürgertums. Die vielen Tausende, die hierher geeilt seien, um Zeugnis abzulegen, daß sie helfen wollen, eine neue Zeit für unser Vaterland herbeizuführen, zeigen, daß selbst die kühnsten Hoffnungen derer, die den Bund vor zwei Jahren mit Begeisterung gründeten, bei weitem übertroffen worden seien. Der Bund habe als Aufgabe, eine allen Erwerbsgruppen einschließlich der Landwirtschaft in gleicher Weise zugute kommende Politik zu treiben, eine Politik, welche die staatlichen Rechte und Stellen, ohne Unterschied ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung, in gleicher Weise gewährleistet und die Staatslasten unter allen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit verteilt. (Stürmischer Beifall.)

Von lebhaftem Beifall begrüßt, ergriff darauf der frühere Vizepräsident des Reichstags, Reichstagsabgeordneter Kaempf, das Wort, um sich über die „Notwendigkeit des Hansabund-Gedankens" zu verbreiten. Auch er wies den Gedanken von sich, daß der Hansabund ein Feind der Landwirtschaft sei, er verlange nur Gleichberechtigung aller Stände und Erwerbszweige. Magistratsrat Landratsabgeordneter Haberlein (Nürnberg) überbrachte Grüße aus dem Süden, der wie in großen nationalen und politischen Fragen auch hier in Fragen des Wirtschaftslebens mit dem Norden zusammengehe. Er wünsche dem Hansabunde ein tausendfaches Glückauf, damit er ein uneinnehmbares Bollwerk gegen seine Feinde werde.

Direktor Felix Margaard (Leipzig) betonte die Solidarität der Angestellten mit dem Hansabunde. Der Vorsitzende der Detailistenkammer Hamburg, Schmerlahl, wies darauf hin, daß auch der Kleinhandel mit dem Hansabunde gehe. Reichstagsabgeordneter Dr. Streesemann schilderte die Beziehungen von Handel und Industrie zum Hansabund und führte aus, daß bei dem Uebergange Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat mehr als bisher auf die Interessen der erwerbstätigen Stände, die im Hansabunde vertreten seien, Rücksicht genommen werden müsse. Handel und Industrie müßten versuchen, die Klinke der Gesetzgebung mehr in die Hand zu bekommen und zu diesem Zweck die Oeffentlichkeit zu gewinnen. Diesem Gedanken zu dienen, sei der Hansabund berufen. Nach einigen weiteren Rednern sprach Obermeister Rahardt über „Mittelstand und Hansabund", wobei er rühmend der Arbeiten des Hansabundes zugunsten des Mittelstandes gedachte.

Nach Entgegennahme des Antwort-Telegramms des Kaisers hielt Geheimrat Riesser das Schlußwort, indem er sich energisch gegen den Vorwurf der Liebäugelei mit der Sozialdemokratie, einer extrem-freihändlerischen Richtung und des Hasses gegen die Landwirtschaft verwahrte. Wir wollen die abseits stehenden sozialdemokratischen Kreise zur Mitarbeit heranziehen und ihnen das Staatsbewußtsein wachrufen. Wir unterstützen alle Parteien, welche unser Gleichberechtigungs-Programm akzeptieren. Freilich bildet der Kampf gegen die Ueber-Agrarier die entscheidende Etappe. Die Sammlung gegen die Sozialdemokratie hat sich in eine Sammlung aller rückständigen Elemente gegen das Bürgertum verwandelt. Die nächste Zeit wird über die Zukunft des Bürgertums entscheiden, tue daher jeder seine Pflicht. Darauf wurde die Tagung geschlossen.

Will die „Erie" nicht.

Montreal, Que., 4. Juli. — Thomas Shaughnessy, der Präsident der Canadian Pacific Railway Co., erklärte heute, weder seine, noch die mit dieser verbündeten Bahnen hätten je über die Erlangung eines kontrollierenden Anteils an der Erie-Bahn verhandelt, da eine solche Vereinigung für keine der beteiligten Bahnen von Nutzen sein könne.

Präsident Taft's Rede.

Präsident Taft legte im Beginn seiner ganz der Reziprozität gewidmeten Rede auf den Umstand ganz besonders Gewicht, daß Reziprozität bereits von einem so guten Republikaner wie Blaine und von Präsident McKinley in seiner berühmten Buffalo'er Rede empfohlen worden sei und daß damit die Behauptung vieler Republikaner, Reziprozität sei eine unrepublikanische Doktrin, zunichte werde. Dann fuhr er fort:

„Eine weitere Antwort auf den Einwand republikanischer Freunde, welche gegen das Reziprozitäts-Abkommen mit Canada als eine Häresie eifern, ist, daß der Grad der Konkurrenz, welche auf unseren Märkten zwischen canadischen Produkten und Produkten der Vereinigten Staaten unter dem Abkommen stattfinden wird, bedeutend weniger ist, als jene durch järe allgemeinen Angaben Sie glauben machen möchten. In erster Linie sagen dieselben, daß wir durch Freihandel in Ackerbauprodukten den Canadiern einen Markt für 90,000,000 Menschen öffnen und dafür für dieselben Produkte einen Markt für nur 8,000,000 Menschen erhalten und daß die Canadier notwendiger Weise größeren Vorteil daraus haben. Tatsache ist, daß bei dem großen Quantum unserer Ackerbauprodukte die Canadier uns keinerlei Konkurrenz machen, während unter dem Abkommen all unsere Produkte in Canada zollfrei eingehen.

„Es wird gesagt, dies Abkommen mit Canada sei ganz auf Kosten der Farmer abgeschlossen und nur im Interesse Solcher, welche Farmprodukte zu einem billigeren Preise haben möchten, nämlich der Lohnarbeiter in großen Städten. Nach meiner Ansicht werden die Kosten des Lebensunterhaltes durch das Reziprozitäts-Abkommen wenig, wenn überhaupt vermindert. Dieses wird aber steigere Preise zur Folge haben, indem es den Vorrat von Lebensbedürfnissen, die in beiden Ländern produziert werden, größer macht und die Möglichkeit eines „Corners" von Lebensbedürfnissen und der Erpressung übermäßiger, vom Publikum zu zahlender Preise für dieselben mehr in den Hintergrund schiebt.

„Es ist aber irrtümlich, zu sagen, daß das Abkommen nicht im Interesse der Farmer liegt. Ziehen wir die Statistik zu Rate. Die Freiliste setzt sich fast ganz aus Ackerbauprodukten zusammen. Der Betrag des derzeitigen Exports aus den Vereinigten Staaten nach Canada von Artikeln, die hier in Betracht kommen und durch das Abkommen berührt werden, war in dem mit dem 31. März 1910 beendigten Fiskaljahre $18,000,000 und der von diesen Artikeln entrichtete Zoll betrug etwas mehr als $7,800,000. In dem mit dem 31. März 1911 beendigten Fiskaljahre war der Betrag derselben, nach Canada exportierten Artikel $64,000,000 und der davon entrichtete Zoll $10,500,000. Die Zunahme im letzten Jahre war also $16,000,000 und die Zunahme der davon entrichteten Zölle $2,700,000. Es besteht wenig Zweifel, daß im laufenden Jahre der Handel der Vereinigten Staaten mit Canada unter dem Reziprozitäts-Abkommen die Höhe von $75,000,000 erreichen wird."

Kaiser Wilhelm und die ostpreußische Pferdezucht.

Der Kaiser hat, wie bereits gemeldet, dem Oberpräsidenten von Ostpreußen v. Windheim seinen Glückwunsch wegen der Prämiierung ostpreußischer Pferde in London telegraphisch übermittelt. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Neues Palais, 15. Juni. — Laut Meldung des Flügeladjutanten Majors von Holzing aus London sind in der internationalen Konkurrenz von Luxuspferden unter den vier ersten Pferden drei ostpreußische Pferde der Remonten mit 2., 3. und 4. Preisen prämiiert worden. Das einzige vor ihnen prämiierte Pferd war ein 20,000 Mark Pferd des Milliardärs Winins. Der Sieg der Ostpreußen ist erfochten im Kampfe gegen alles, was Geld an schönen Pferden überhaupt kaufen kann. Die preußische Pferdezucht hat damit einen großartigen internationalen Erfolg errungen, der von fast niemand vorauszusehen war, und hat mit einem Schlage ihre Stellung in der Welt befestigt. Aus vollstem Herzen spreche ich den Züchtern der Provinz Ostpreußen meinen herzlichsten Glückwunsch zu diesem Siege aus und meinen königlichen Dank. Mögen Sie auf der bewährten Bahn unbeirrt fortschreiten, dann werden weitere Erfolge mit Gottes Hilfe nicht ausbleiben. Sie haben diese Depesche in der ganzen Provinz bekannt zu geben.

Wilhelm R."

Der britisch-amerikanische Schiedsvertrag.

London, 6. Juli. — Die britische Regierung ist über die Aussicht auf den baldigen Abschluß des von den Ver. Staaten proponierten allgemeinen Schiedsgerichts-Vertrages zwischen den Ver. Staaten und Großbritannien hocherfreut und Sir Edward Grey, der Staatssekretär des Aeußeren, konnte nicht umhin, dem Hause der Gemeinen heute hiervon Mitteilung zu machen. Er sagte, er sei leider nicht im Stande, jetzt schon Einzelheiten des Vertrages bekannt zu geben, er könne indessen die Versicherung erteilen, daß das Dokument voraussichtlich in ein paar Tagen von beiden Kontrahenten unterzeichnet werden wird, da alle Meinungsverschiedenheiten sowohl bezüglich des Sinnes wie des Wortlautes nunmehr beseitigt seien. Der Bericht, daß das Schriftstück unterzeichnet wurde, könne jeden Augenblick erwartet werden.

England's junge Garde.

Windsor, 4. Juli. — König Georg und Königin Marie haben heute in dem großen Park von Windsor eine Parade über eine Armee von 25,000 „Boy Scouts" aus allen Teilen des Reichs und auch aus einigen Kolonien abgenommen.

Das Wetter war prächtig. Die jungen Leute in der allgemein üblich gewordenen Scout-Uniform in Blau, Khaki oder Grau mit breitrandigen Khaki-Hüten und bunten Halsbinden gaben ein malerisches Bild. Zweitausend aus den besten Abteilungen ausgewählte „King's Scouts" bildeten eine Ehrengarde für den König, der die Front abritt.

Generalleutnant Sir Robert Baden-Powell führte bei den Uebungen das Kommando, nach deren Abschluß der König den General zu dem Erfolg der von diesem in's Leben gerufenen Organisation der Scouts beglückwünschte.

Das Kriegsministerium hatte seine offizielle Anerkennung der Bewegung durch Entsendung zweier hoher Generalstabs-Offiziere kundgegeben. Unter den Zuschauern befand sich auch Admiral Lord Beresford, der in der Marine-Scoutbewegung eine leitende Rolle spielt.

Deutscher Einfluß in Guatemala.

Berlin, 1. Juli. — Juan Barrios, der Minister des Auswärtigen von Guatemala, ist in Berlin eingetroffen, um Unterhandlungen anzuknüpfen zur Errichtung einer Gesandtschaft. Herr Barrios veröffentlichte am Samstag ein Interview, in dem er sagte, Deutschland nehme in Guatemala eine so prädominierende Stellung ein, daß die Errichtung einer Gesandtschaft in Berlin geboten erscheine.

Der Minister sagt, daß die Deutschen die tatkräftigsten Handeltreibenden in Guatemala seien, und daß sie am meisten zur kulturellen Entwicklung des Landes beigetragen haben. Zugleich erklärte er, man habe keine Furcht, daß Deutschland etwa politische Absichten auf Guatemala hege.

Barrios wies darauf hin, daß zwar viele Konzessionen in Guatemala den Amerikanern gewährt worden seien, aber diese sind alle nur temporärer Natur, während die Deutschen permanentes Besitztum erworben haben.

Zweihundert Tote in Chicago.

Chicago, Ill., 6. Juli. — 201 Todesfälle und 273 Hitzschläge sind in Chicago durch die Hitze verursacht worden, die fünf Tage lang andauerte. Zu den Toten gehören 125 kleine Kinder, die der Hitze erlagen.

Kurz nach 1 Uhr Donnerstag früh kam ein Gewitter herauf, das Regen und einen kühlen Wind brachte, und die Temperatur sank zunächst um 6 Grad. Dann drehte sich der Wind von Westen nach Norden, und das Thermometer fiel, bis es um 7 Uhr Donnerstag früh auf 80 Grad stand. Um 9 Uhr war die Temperatur 78 Grad gegen 93 am Mittwoch.

Die amtliche Wetterprognose lautet auf kühleres, unbeständiges Wetter mit Gewittern für Donnerstag. Freitag soll das Wetter kühl und klar sein.

Eine Dauerfahrt.

Hamburg, 5. Juli. — Unter Führung des Prinzen Heinrich von Preußen begannen am Mittwoch 37 deutsche und 28 englische Autofahrer die jährliche Prinz-Heinrich-Dauerfahrt. Die Fahrt geht dies Jahr nach Hamburg und dort werden die Automobile nach Southampton, England, eingeschifft. Die Fahrt wird dann in England fortgesetzt und man wird die Strecke nach Edinburgh machen und von dort aus zurück nach London. Unter den englischen Kraftwagen ist einer, der dem Herzog von Connaught gehört.

Der Untergang der "Maine"

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Germania Abendpost" von Milwaukee folgenden Artikel, welcher als ein offenes und unumwundenes Zugeständnis des seiner Zeit von fast der gesamten amerikanischen Presse, namentlich aber der „gelben", der spanischen Nation zugefügten Beleidigung besondere Beachtung verdient. Die „Germania" schreibt:

Es hieß bereits neulich, die Ingenieure, welche die Hebung der „Maine" beaufsichtigen, hätten das Wrack in einem Zustande gefunden, der jeden Zweifel ausschließe, daß das Schiff durch eine innere Explosion und nicht etwa durch den Kontakt mit einer unterseeischen Mine zu Grunde gegangen sei. Jetzt wird diese Nachricht bestätigt durch das Gutachten des Generals William H. Birby, des Chefs des amerikanischen Ingenieurkorps. Dieser Mann, die höchste militärische Autorität, die wir auf diesem Gebiete besitzen, hat das Wrack gründlich inspiziert und nach seiner Ansicht ist es gar keine Frage, daß die drei Pulvermagazine explodierten und daß das Schiff dadurch zum Sinken gebracht wurde. Wodurch allerdings die Explosion der Pulvermagazine verursacht wurde, das vermag er nicht zu sagen, und es wird auch vielleicht nie festgestellt werden können. Auf keinen Fall aber ist die „Maine" einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Dieses Gutachten, welches tief beschämend ist für die sogenannte sachverständige Kommission, welche die erste Untersuchung vornahm und dann berichtete, das Schiff sei durch eine von verbrecherischer Hand gelegte Seemine zerstört worden, kommt übrigens durchaus nicht unerwartet. In der ersten Aufregung über die schreckliche Katastrophe waren die meisten Amerikaner in der richtigen Stimmung, die abenteuerliche Geschichte von der spanischen Verschwörung zu glauben. Aber sobald sich die Gemüter ein wenig abgekühlt hatten, sah man ein, wie unwahrscheinlich diese Darstellung und wie viel plausibler die Annahme war, daß es sich um eine Explosion im Innern des Schiffes gehandelt habe. Wir befinden uns jetzt Spanien gegenüber in einer um so demütigenderen Lage, als wir so viele Jahre haben dahin gehen lassen, bis wir uns endlich dazu entschlossen, unsere nationale Ehrenpflicht gegenüber den mit der Maine untergegangenen Landsleuten zu erfüllen und dem tiefbeleidigten Spanien die Genugtuung zu geben, die wir ihm schuldig waren. Es ist ein recht häßliches Kapitel in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Man braucht die Frage, ob der Krieg mit Spanien vermieden worden wäre, wenn jene Katastrophe im Hafen von Havana nicht stattgefunden hätte oder wenn die Ursache sofort richtig erkannt worden wäre, gar nicht zu erörtern. Tatsache ist jedenfalls, daß die amerikanische Nation damals Spanien die furchtbarste Beleidigung, die noch jemals einem Lande widerfahren, ins Antlitz schleuderte und daß sie unter der Parole „Remember the Maine" in den Krieg zog. Wir können jetzt nur hoffen, daß unsere Regierung den richtigen Weg finden wird, um dieses schwere Unrecht wenigstens einigermaßen wieder gut zu machen, damit die Welt nicht mit Fingern auf uns deutet und uns den Vorwurf macht, daß es uns an dem nötigen moralischen Mut fehlt, der Wahrheit die Ehre zu geben und einen großen, folgenschweren Irrtum offen einzugestehen. Vielleicht ist gerade unser gegenwärtiger Präsident der richtige Mann dazu, die Sache so zu erledigen, daß Spanien die Genugtuung, die es verlangen darf, im vollen Maße erhält, ohne daß Onkel Sam sich gar zu tief dabei zu demütigen braucht.

Gefahr beseitigt.

London, 6. Juli. — Die Gefahr internationaler Verwickelungen anläßlich der Landung deutscher Marinetruppen in Agidir scheint mindestens für den Augenblick beseitigt, nachdem sich die Mächte am Mittwoch geeinigt haben, „Konversationen" über die Marokkofrage zu halten. Der Vorschlag hierzu ging von Deutschland aus, und die außer diesem in Betracht kommenden Mächte sind Frankreich, Spanien, Großbritannien und Rußland.

Vorläufig ist keine Wiederholung der Algeciras-Konferenz in Aussicht genommen, die beteiligten Mächte hoffen vielmehr, daß sich der Status Marokkos, das seiner Lage dicht vor der Tür Europas nach schon seit langem drohte, früher oder später der Zankapfel zwischen den Mächten zu werden, auf dem Wege der geplanten Konversationen ein für alle Mal festlegen lasse. Alle wichtigeren Beschlüsse, besonders die Frage einer etwaigen Aufteilung des Reiches, müßten allerdings den am Algeciras-Vertrag beteiligten Mächte unterbreitet werden, einschließlich der Ver. Staaten, die, wie verlautet, an dem Schicksal der südlichen Küste Marokkos interessiert sind wegen deren Nähe zu Süd-Amerika.

Kurze und unblutige Revolution in Paraguay.

Buenos Aires, Argentinien, 6. Juli. — Telegraphische Nachrichten aus Paraguay melden, daß die Herrlichkeit des dortigen Präsidenten Jara soeben ihr Ende erreicht hat.

Präsident Jara hatte, wie bereits gestern gemeldet wurde, die Diktatur an sich gerissen und den Belagerungszustand über die ganze Republik verhängt, um die Wahl eines anderen Präsidenten zu verhindern. Aber die Truppen ließen ihn elendiglich im Stich und seine Befehle wurden einfach nicht durchgeführt. Heute Vormittag revoltierte die Garnison in der Hauptstadt Asuncion und machte den Präsidenten zum Gefangenen. Letzterer sah sich infolge dieses Gewaltstreiches gezwungen, dem Kongreß seine Resignation einzureichen.

Der Kongreß trat sofort in Sitzung und erwählte Liberato Rojas, den Vorsitzenden des Senats, zum provisorischen Präsidenten. Derselbe wird solange im Amt bleiben, bis ein neuer Präsident gewählt ist.

Die Revolution und Gegenrevolution dauerten kam 24 Stunden und verliefen absolut unblutig.

Einwanderungs-Problem.

Berlin, 3. Juli. — Die deutschen Behörden interessieren sich lebhaft für einen jetzt veröffentlichten Bericht des Freiherrn von Hesse Wartegg über die Behandlung von Einwanderern auf Ellis Island, die er aus eigener Erfahrung als grausam bezeichnet. Der Bericht erklärt eine Revision der amerikanischen Einwanderungsgesetze für höchst notwendig, doch solle diese nicht in der Art vollzogen werden, wie ihr der Vorlage des Abgeordneten Burnett vorgeschlagen ist. Gegen diese Vorlage wird geltend gemacht, daß sie gerade die Klasse von Einwanderern, die Amerika am meisten bedürfe, ausschließe, Dienstboten, landwirtschaftliche Arbeiter und Bergleute, und dies durch den sog. Bildungstest; Verbrechern sei die Einwanderung verhältnismäßig leicht gemacht.

Der Bericht weist ferner darauf hin, daß viele Einwanderer, namentlich Oesterreicher und Italiener, den größten Teil ihres Verdienstes nach der Heimat schicken, um ihn später dort zu verzehren.

Nach Italien gehen auf diese Weise jährlich 80, nach Oesterreich 100 Millionen Dollars.

Deutscher Kreuzer nach Agadir.

Berlin, 4. Juli. — Amtlich wird die Mitteilung gemacht, daß das Kanonenboot „Panther" im Hafen von Agidir, Marokko, vom kleinen Kreuzer „Berlin" abgelöst wird, welcher zu den Aufklärungsschiffen gehört. Die offizielle Kundgebung besagt ferner, daß das Kanonenboot nach zehnjährigem Aufenthalt im Ausland einer gründlichen Reparatur bedürfe, welche nicht länger aufgeschoben werden könne. Der am Samstag vom Heimatshafen abgefahrene Kreuzer „Berlin" wird morgen in Agidir ankommen.

Der Kreuzer „Berlin", dessen Kommandant Fregatten-Kapitän Löhlein ist, lief im Jahre 1903 vom Stapel und hat ein Deplacement von 3250 Tonnen, während „Panther" nur ein Deplacement von 1000 Tonnen hat. Der Kreuzer hat eine Länge von 103,8 Meter und vermag, bei 10,000 Pferdestärken, eine Geschwindigkeit von 23,3 Knoten zu entwickeln. Seine Armierung übertrifft die des Kanonenbootes bedeutend.

Wiener Wink an Frankreich.

Wien, 4. Juli. — Die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Süd-Marokko ist in hiesigen maßgebenden Kreisen mit Zustimmung aufgenommen worden. Sie würde, wie betont wird, zur Klärung der Marokko-Frage dienen, welche mit Sicherheit zu erwarten sei. Den loyalen Erklärungen Deutschlands könne Vertrauen nicht versagt werden.

In einem offiziösen Artikel führt die „Neue Freie Presse" aus, Frankreich und Deutschland müßten zu einer Verständigung gelangen. Diese sei unschwer zu finden, wenn sich die Regierung in Paris entschließe, mit der gefährlichen Tatsachen-Politik Delcasses zu brechen. Oesterreich-Ungarn werde, wie schon in Algeciras, Alles aufbieten, um eine Verständigung zu erleichtern.

Schatz der Kaiserin.

Seattle, Wash., 7. Juli. — Chinesische Zeitungen wissen zu melden, daß das Vermögen, das die verstorbene Kaiserin-Witwe Tze Hed von China angehäuft hatte, nach England geschafft worden ist, von wo aus es nach einer Bank in Brüssel überwiesen werden wird, um in Sekuritäten angelegt zu werden. Die Höhe des Vermögens wird auf dreißig Millionen Dollars angegeben. Seit dem Tode der Kaiserin war der Schatz im Palast zu Peking unter starker militärischer Bewachung aufbewahrt worden.

Die Seeprisen-Vorlage.

London, 5. Juli. — Die Seeprisen-Vorlage, die gleichbedeutend ist mit der Londoner Deklaration, dem internationalen Abkommen über Prisen im Seekrieg, hat heute die zweite Lesung im Unterhaus passiert. Ein Amendement des unionistischen Abgeordneten für York, John G. Butcher, auf Verschiebung der Debatte, bis ein Sachverständigen-Komite über die Vorlage berichtet hat, wurde nach längerer Diskussion mit 301 gegen 231 Stimmen abgelehnt. Die Annahme der Vorlage erfolgte ohne Namensaufruf.

Der Schlager in der Debatte war die Rede Sir Edward Greys für die Vorlage, in der der Staatssekretär des Aeußern auf die Haltung der Ver. Staaten hinwies. Er machte geltend, daß Amerika der Ansicht sei, ein Versenken von Schiffen sei unter gewissen Beschränkungen erlaubt, und daß es deshalb zwecklos sei, ein Gesetz, dies abzuschaffen, einzubringen. Er führte aus, falls England sich im Krieg mit einer großen Kontinental-Macht befände, wäre die einzige große neutrale Macht, deren Eingreifen nützen könne, die Ver. Staaten, die ein großes Interesse an der Lieferung von Lebensmitteln für England hätten und eine Flotte, stark genug zum Eingreifen, besäßen.

Die Ver. Staaten, erklärte Sir Edward, würden nie die Deklaration von London unterzeichnet haben, wenn sie glaubten, in Kriegszeiten könnte ihr Handel dadurch leiden. „Die Ver. Staaten", fuhr der Staatssekretär fort, „haben ohne Zögern die Londoner Deklaration und die Prisengerichts-Konvention unterzeichnet. Sie haben damit ein tiefes Interesse an der Förderung der Errichtung eines internationalen Prisengerichts bekätigt. Ihrer Ansicht nach ist die Annahme der Londoner Deklaration gleichbedeutend mit der Errichtung eines erfolgreich arbeitenden internationalen Prisengerichts.

„Die Auffassung, daß die amerikanische Regierung der Politik einer Prisengerichts-Konvention und der Deklaration von London gleichgültig gegenüberstehe, ist ein sehr gefährlicher Irrtum, wie sofort klar werden würde, wenn wir uns im Kriege mit einer kontinentalen Macht befänden. Diese kontinentale Macht, — in voller Erkenntnis des Risikos und in dem Wunsch, die Gefahr einer Reibung mit den Ver. Staaten, der großen an unserer Verproviantierung interessierten neutralen Macht, zu vermeiden, — würde es aller Wahrscheinlichkeit nach vorziehen, den Bestimmungen der Londoner Deklaration nachzukommen und jede in dieser Hinsicht in Erscheinung tretende Streitfrage einem Schiedsgericht zu unterwerfen."

Die jüdische Kolonisation Palästinas.

Seit Einführung der Verfassung in der Türkei hat die jüdische Kolonisation Palästinas, vielfacher Fesseln ledig, einen bemerkenswerten Aufschwung genommen, so daß die türkische Regierung aus nationaler Besorgnis schon anfängt, Schwierigkeiten bei der Zuwanderung und beim Bodenerwerb von Israeliten zu machen.

Die Centrale dieser Kolonisation ist natürlich Jerusalem; mit seiner Einwohnerzahl von 85,000 Juden und 120 jüdischen Schulen und Synagogen, den hebräischen Inschriften allerorten hat die Stadt unter Zurückdrängung der übrigen Bevölkerungs-Elemente ein rein jüdisches Gepräge. Die Juden tragen hier meist die überkommene faltige Kleidung, und zur Zeit des Laubhüttenfestes sieht die Arbeit in allen Straßen.

Auch die jüdische Bevölkerung in Jaffa, Haiffa (das soeben ein jüdisches Technikum baut) und Tiberias wächst mit jedem Monat. Diese starke Einwanderung ist fast ausschließlich eine Folge der Bedrückungen, unter denen die Juden Rußlands leiden; fast jedes Schiff bringt neue jüdische Ansiedler aus dem Zarenreiche. Die jüdische Kolonisationsgesellschaft kauft mit den großen Geldsummen, über die sie verfügt, weite Ländereien auf und siedelt auf den einzelnen Parzellen die Kolonisten an. So ist bereits die ganze Gegend zwischen Jaffa und Ghaza und die Ebene Saron mit solchen Kolonien schachbrettartig bedeckt, ebenso sind vier Fünftel von Galiläa mit der fruchtbaren Ebene Jezreel von jüdischen Bauern besiedelt. Man ist ferner dabei, durch Ankauf geeigneter Teile des Jordantales und der fetten Haurangefilde weiteren Kolonisationen vorzuarbeiten.

Diese jüdischen Bauern-Kolonien sind, entgegen früheren Prophezeiungen, in ihrer wirtschaftlichen Ergiebigkeit und Blüte der Stolz des Landes geworden. Die Türkei hat in diesen eingewanderten Juden ein wertvolles Kulturelement gewonnen, dessen ganzer Segen sich in dem jahrhundertelang wüst gelegenen Lande erst später bemerkbar machen wird.

Die deutsche Landung in Marokko.

So lange Frankreich in Marokko allein militärische Operationen vornahm, galt das in Paris nicht als eine Verletzung der Algeciras-Akte. Als dann Spanien sich dasselbe in seiner Interessensphäre erlaubte, wurde der französische Minister des Aeußern in Madrid vorstellig, sprach von Verletzung der Verträge und drückte die Befürchtung aus, daß eine „dritte" Macht die Algeciras-Akte als gebrochen ansehen möchte und seine Maßregeln ohne Rücksicht auf die Akte nehmen könnte. Diese „dritte" Macht, Deutschland, hat nun allerdings das getan, was Frankreich und Spanien vor ihm taten. Darob große Verstimmung an der Seine und allgemeine Erregung im französischen Volk. Aber, während man hier offiziell nicht weiter geht, als daß man auch jetzt immer nur sein „Bedauern" und seine „Besorgnis" ausspricht, ist die Sprache der englischen Presse schon eine sehr heftige. Der „Standard" meint, es sei eben die alte Bismarck'sche Politik, die Schwäche des Gegners auszunutzen, in Berlin noch nicht ausgestorben, und die „Morning Post" erklärt sogar, Deutschland habe den Algeciras-Vertrag zerrissen. Ja, warum in aller Welt hätte das dann Frankreich und Spanien nicht auch getan?

Aus, wie man außerhalb Frankreichs allgemein annimmt, ganz unzulänglichen Gründen ist Frankreich zur Okkupation von Nord-Marokko und zur Einnahme von Fez geschritten. Es gab vor, lediglich im Interesse der Fremden, die angeblich ernstlich bedroht sein sollten, zu handeln, deckte also die französische Aktion mit dem Mäntelchen des internationalen Ordnungsmandats. Mit wachsendem Mißvergnügen verfolgte man in Spanien das Treiben des mächtigeren Nachbarn. Eine in schärfster Form geführte Preßpolemik zwischen beiden Ländern erhöhte die Spannung. Dann spitzte sich die Spannung dadurch zu offenem Konflikt zu, daß Spanien unter gleich billigem Vorwande Truppen an der marokkanischen Küste landen ließ. In Paris herrschte darüber ungemeine Erbitterung, weil man schlimme Rückwirkungen auf die eigenen Angelegenheiten fürchtete. Man warf den Spaniern vor, sie hätten aus äußerlicher Nachäffungssucht sich künstlich einen Anlaß zu militärischer Intervention in einem völlig friedlichen Gebiet geschaffen, in der ausgesprochenen Absicht, sich die besetzte Gegend dauernd einzueignen, während die Franzosen natürlich aus reiner Uneigennützigkeit ihre kostspielige und, wie sich herausgestellt hat, durchaus nicht notwendige Expedition zur Befreiung Mulai Hafids unternommen haben.

Und nun kommt gar noch das böse Deutschland und okkupiert einen marokkanischen Hafen, und Frankreich hätte doch so gern allein die Sache in der Hand behalten! Gerade zu einer Zeit, wo Frankreich sich in aller Stille einige neue Rechtsansprüche für die spätere Liquidation zuneigen wollte. Hatte doch auch der Sultan aus „überschwänglicher Dankbarkeit" Marokko sofort unter französisches Protektorat stellen wollen! Aber in Berlin und Madrid hat man bereits den französischen Herrn öffentlich ganz energisch abgewinkt. Verträge, wie der von Algeciras, seien nicht dazu gemacht, daß man sie auf einen „Wunsch" des Sultans hin wieder umwirft. Zudem weiß man an der Spree wie am Manzanares nur zu gut, daß, wenn erst einmal das französische Protektorat über Marokko proklamiert und sanktioniert ist, dies die handelspolitische Situation der anderen Mächte ganz außerordentlich beeinträchtigt wurde. Es liegt aber sicherlich keine Veranlassung vor, die wohlerworbenen Interessen in Marokko zugunsten Frankreichs preiszugeben oder auch nur schmälern zu lassen.

Da der französische Minister des Aeußern De Selves mit dem Präsidenten Fallieres nach Holland abgereist ist und der deutsche Minister des Aeußern Kiderlen-Wächter Ferien genommen hat, so wird ja die Lage von den zunächst daran Interessierten nicht sehr ernst genommen. Es wird doch deshalb, daß drei dasselbe tun, nicht zwischen ihnen zum Konflikt kommen, da die drei sich an von einander getrennten Stellen festgelegt haben.

Interessant bleibt es immerhin, daß nun in Marokko drei gute Seelen so eifrig bemüht sind, dem Scherifenreich durch Waffengewalt den Frieden zu bringen, die Europäer zu schützen, die Integrität des Sultanats zu sichern, und die Politik der offenen Tür aufrecht zu erhalten. Alle drei weisen jeden Plan der Besitznahme, jeden Gedanken der Eroberung entrüstet zurück.

Toronto, 7. Juli. — Der Luftschiffer Richter, welcher heute Nachmittag mit seinem Luftschiff einen Aufstieg in Handan's Point machte, stürzte und fiel mitten in die Zuschauer-Gallerie des Baseball-Feldes. Der Unglückliche brach beide Beine und soll auch innerliche Verletzungen erlitten haben.